

Inhaltsverzeichnis

A. Rechtliche Anforderungen an das Gebot innerparteilicher Demokratie	17
I. Gesetzliche Regelungen zur innerparteilichen Demokratie	17
II. Punktuelle Konkretisierung der rechtlichen Anforderungen an die Kandidaten- aufstellung – die Rechtsprechung	19
1. Entscheidungen über Personalfragen	20
a) Urteile des Berliner WahlprüfG und des BGH zu Blockwahlen	20
aa) Blockwahlen mit vorgeschriebener Stimmenausschüttung	20
(1) Berliner WahlprüfG	20
(2) BGH, Urteil vom 17.12.1973	21
bb) „Geschlossene“ Blockwahlen	22
cc) „Offene“ Blockwahlen	24
b) Urteil des HVerfG vom 04.05.1993	24
aa) Wahl von Delegierten	25
bb) Wahl der Kandidaten	26
c) BVerfG, Beschluss vom 20.10.1993	27
2. Entscheidungen zu inhaltlichen Fragen	28
a) Inhaltsleere des Grundsatzes der Willensbildung von „unten nach oben“	28
b) Fraktionsdisziplin	29
III. Geringere Anforderungen an das Gebot innerparteilicher Demokratie als an das Demokratieprinzip	30
B. Betrachtung des Gebotes innerparteilicher Demokratie aus Perspektive der ökonomischen Theorie der Politik	32
I. Wettbewerbliche Modellierung von Politik: Ablauf des Wettbewerbs	32
1. Politik als Wettbewerb	33
2. Eigennützigkeit politischer Akteure	34
3. Beschreibung der Politik als Wettbewerb vor Schumpeter	38
4. Bedeutung des Wettbewerbstopos in der Rechtsprechung und in der staats- und verfassungsrechtlichen Literatur	38
a) Verwendung des Wettbewerbstopos	38
b) Schwierigkeiten einer Übertragung der Eigennutzannahme	40
II. Wettbewerbliche Modellierung von Politik: Folgen des Wettbewerbs	41
1. Vorstellung einer „unsichtbaren Hand“ im politischen Wettbewerb	41
2. „Marktversagen“ im politischen Wettbewerb	45

III. Vernachlässigung des innerparteilichen Wettbewerbs durch die ökonomische Theorie der Politik	47
IV. Innerparteiliche Demokratie keine Bedingung für innerparteilichen Wettbewerb	49
V. Das Gebot innerparteilicher Demokratie als Wettbewerbsordnung für den innerparteilichen Wettbewerb	50
1. Freiheit politischer Betätigung als Teil der Wettbewerbsordnung	50
a) Freiheit im wirtschaftlichen Wettbewerb	50
b) Freiheit im innerparteilichen Wettbewerb	51
aa) Innerparteiliche Mitwirkung ohne innerparteiliche Demokratie	52
bb) Möglichkeiten politischen Engagements grundsätzlich nur innerhalb bestehender Parteien	53
cc) Besonderheiten der Nachfragefreiheit und der Anbieterfreiheit im Vergleich zum wirtschaftlichen Wettbewerb	57
2. Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen als Teil der Wettbewerbsordnung ..	58
a) Einführende Betrachtung	58
b) Ungleichheit der Wettbewerbsbedingungen	60
aa) Ungleichheit der Wettbewerbsbedingungen im Rahmen von Personalentscheidungen	60
(1) Gewicht von Vorschlägen der Parteiführung	60
(2) Bedeutung von Absprachen	61
(3) Beeinflussbarkeit von Versammlungsteilnehmern	63
bb) Ungleichheit der Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf die Entscheidung inhaltlicher Fragen	65
c) Bewertung der dargestellten Urteile im Hinblick auf die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen	65
3. Lauterkeit des innerparteilichen Wettbewerbs	67
VI. Funktionen innerparteilichen Wettbewerbs	68
1. Funktionen des Wettbewerbs auf Waren- und Dienstleistungsmärkten	68
2. Funktionen des innerparteilichen Wettbewerbs	70
a) Effizienzfunktion des innerparteilichen Wettbewerbs	70
b) Präferenzanpassungsfunktion innerparteilichen Wettbewerbs	73
c) Auswahlfunktion innerparteilichen Wettbewerbs	76
d) Legitimationsfunktion innerparteilichen Wettbewerbs	83
aa) Legitimation durch Wettbewerb	83
bb) Verstärkung der mittels zwischenparteilichen Wettbewerb gewonnenen Legitimation	84
e) Machtbegrenzungsfunktion innerparteilichen Wettbewerbs	85
aa) Prinzipal-Agent-Problem in der Beziehung zwischen Volk und politischen Akteuren	85
bb) Kontrolle politischer Akteure infolge innerparteilicher Demokratie ..	87
f) Verteilungsfunktion innerparteilichen Wettbewerbs	89

g) Entdeckungs- und Innovationsfunktion innerparteilichen Wettbewerbs ..	90
aa) Entdeckungsfunktion innerparteilichen Wettbewerbs	92
(1) Übermittlung von Informationen von Parteimitgliedern an politi- sche Akteure	94
(2) Angebot „politischer Produkte“	96
(3) Vorformung des politischen Willens der Bürger	99
bb) Innovationsfunktion innerparteilichen Wettbewerbs	100
(1) Angebot innovativer „politischer Produkte“	100
(2) Innovationsfunktion in Bezug auf politisches Personal	102
h) Ausgleich von Schwächen des zwischenparteilichen Wettbewerbs mittels innerparteilichen Wettbewerbs	103
i) Wert demokratischer Entscheidungsfindung an sich	107
C. Folgerungen	109
I. Notwendigkeit einer Verschärfung der Anforderungen an die innerparteiliche Demokratie	109
1. Allgemeines Fazit	109
2. Gemeinsame Problematik von Blockwahlen mit vorgeschriebener Stim- menzahl, von „geschlossenen“ und „offenen“ Blockwahlen	111
3. Spezielle Problematik von Blockwahlen mit vorgeschriebener Stimmenzahl	112
4. Spezielle Problematik „geschlossener“ Blockwahlen	114
5. Keine Kennzeichnung von vom Parteivorstand vorgeschlagenen Kandidaten	116
6. Institutionalisierung eines geheimen Vorschlagsrechts	116
7. Problem populistischer Politik	118
8. Offene Listen und Vorwahlen	118
9. Notwendige Grenzen innerparteilichen Wettbewerbs	120
II. Notwendigkeit einer erweiterten Betrachtung im Staats- und Verfassungsrecht	121
1. Vernachlässigung einer Betrachtung der realen Funktionsbedingungen in- nerparteilicher Demokratie	121
2. Vernachlässigung einer Betrachtung des Sinn und Zwecks des Gebotes in- nerparteilicher Demokratie	123
3. Notwendigkeit einer wirklichkeitswissenschaftlichen Betrachtung	124
III. Grenzen einer wettbewerblichen Betrachtung	126
1. Wettbewerbliche Betrachtung als ein Analyse-Instrument	126
2. Eigennutz bzw. Egoismus politischer Akteure als kein normatives Leitbild	127
3. Annehmbarkeit einer wettbewerblichen Modellierung innerparteilicher De- mokratie für die Rechtswissenschaft	129
IV. Fehlende Konkretisierung des Gebotes innerparteilicher Demokratie und feh- lende Anreize einer zukünftigen Konkretisierung	131
1. Keine Konkretisierung des Gebotes innerparteilicher Demokratie durch die Verfassungsväter	131

2. Keine nennenswerte Konkretisierung des Gebotes innerparteilicher Demokratie durch das BVerfG und durch den Gesetzgeber	135
3. Fehlendes Interesse politischer Führungskräfte an einer Verschärfung des Gebotes innerparteilicher Demokratie	137
4. Verschärfung der Anforderungen an innerparteiliche Demokratie als Aufgabe des BVerfG	142
V. Bedeutung der Kenntnis der tatsächlichen Funktionsbedingungen innerparteilicher Demokratie im Rahmen der Formulierung von Verfassungen	142
Abstract	149
Literaturverzeichnis	150
Personenverzeichnis	167
Sachverzeichnis	169